



Beratung in der Antidiskriminierungsstelle von IBIS e.V. wird mangels Finanzierung ausgesetzt

Oldenburg | Die Antidiskriminierungsstelle von IBIS e.V. muss ab Februar 2026 wegen fehlender Finanzierung ihre Beratungstätigkeit nach 20-jähriger Wirkungszeit in der Stadt Oldenburg einstellen. Bereits laufende Beratungsprozesse werden nach Möglichkeit abgeschlossen, neue Fälle nicht mehr angenommen.

Die Antidiskriminierungsstelle von IBIS e.V. bietet Menschen in Oldenburg bereits seit zwanzig Jahren Unterstützung, wenn sie von Ungleichbehandlung betroffen sind. Sie unterstützt Betroffene beispielsweise bei der Konfliktverarbeitung oder begleitet sie bei Bedarf in Klage- und Gerichtsverfahren.

IBIS e.V. war 2005 eine der ersten Beratungsstellen in Deutschland und hat seitdem die Antidiskriminierungsarbeit nicht nur in Oldenburg vorangebracht. So war der Verein beispielsweise an der Gründung des Antidiskriminierungsverbands Deutschland beteiligt. Prekär war die Finanzierungslage der Beratungsstelle oft in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Dass nun das Aus droht, ist fatal. „Es wenden sich jährlich mehr Menschen an uns für eine Beratung. In unserem Arbeitsfeld sind Beratungen oft komplex und sehr zeitintensiv, eigentlich müssten wir sogar Stellen aufstocken“, so Antidiskriminierungsberater_in Constanze Schnepf.

Dass die Beratungsfälle steigen, liegt zum einen an einem besseren gesellschaftlichen Bewusstsein für Diskriminierung. Vorangetrieben wurde diese Entwicklung auch maßgeblich durch die intensive Aufklärungsarbeit der Antidiskriminierungsstellen sowie durch Gesetzesänderungen, die Betroffenen den Rücken stärken. Zum anderen nimmt Diskriminierung durch den gesellschaftlichen Rechtsruck und eine fortschreitende Polarisierung zu.

Diesen Trend bestätigt auch Barbara Peron, die seit 2025 die Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei IBIS e.V. leitet. Peron hat, obwohl die Meldestelle sich erst im Aufbau befand, für das vergangene Jahr über 100 Vorfälle dokumentiert, die im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Islamismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stehen. „Nun muss ich Betroffene, die sich bei mir melden, nach Bremen oder Osnabrück schicken. Vergleichbare Stellen wie die Antidiskriminierungsstelle unseres Vereins gibt es jedoch nicht, da Constanze als einzige Stelle im Raum Nord-West eine intersektionale Diskriminierungsberatung angeboten hat. So nimmt beispielsweise Bremen nur Diskriminierungsvorfälle aus dem Arbeitskontext an.“ Die Beratungsstelle hinterlässt vor Ort eine nicht schließbare Versorgungslücke.

Schnepf berichtet, dass IBIS e.V. sich weiterhin intensiv um eine Fortführung der Antidiskriminierungsberatung bemüht. Ein entsprechender Förderantrag wurden bei der Stadt Oldenburg eingereicht. Der Stadtrat tagt am 9. Februar im Rahmen einer Sondersitzung, um den Haushalt 2026 zu beschließen. Ob die durch IBIS e.V. beantragte Förderung ihrer Antidiskriminierungsarbeit in diesem Haushalt durch die neue Haushaltsmehrheit beschlossen wird, ist eine Weichenstellung für die Zukunft der Antidiskriminierungsarbeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft.

Ansprechperson

Ina Göken | IBIS-Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.
Telefon: 0441 920582 50 | E-Mail: presse@ibis-ev.de
Klävemannstr.16 | 26122 Oldenburg | www.ibis-ev.de